

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Das Wichtigste vom Tage.

Ein japanischer Torpedobootzerstörer entbehrte am Sonntagabend bei den Sanzhan-Inseln eine große Mine und brachte sie zur Explosion. (S. Seite Nachrichten.)

Der preussische Schulkompromissantrag.

Lord Byron erwarbte eines Morgens als berühmter Mann. So ist es auch dem Abgeordneten Ernst, einem Mitgliede der freisinnigen Vereinigung, ergangen. Allerdings hat er keine epochemachende Leistung veröffentlicht, aber er hat sich doch dem öffentlichen Interesse aufzuklären bemüht und er steht jetzt im Vordergrund der politischen Arena. Seine Rede ist die des sterbenden Kriegers. Er veröffentlichte heute eine Erklärung darüber, wie es möglich war, daß er trotz seinem Bekanntheit zu freisinnigen Anschauungen dem Schulantrage des Reichstages nicht ganz so freisinnigen Herrn von Jellisch beistimmen konnte. Aus dieser Erklärung erfahren wir, daß ein Regierungsmitglied den Herrn Ernst bearbeitet hat. Diese unbekanntere Größe hat dem vertrauensvollen Abgeordneten unter andern mitgeteilt, die Regierung beabsichtige eine „gute Weiterentwicklung der Simultanschulen“.

Sie und Stimme in der Schuldeputation und im Schulvorstande, und ihr Einfluß dürfte, wie die Dinge einmal liegen, in diesen Körperlichkeiten der maßgebende werden. Wir sind der Ansicht, daß die Kirche weder in der Schuldeputation, noch im Schulvorstande etwas zu tun hat. Wir können also beim besten Willen in dem Kompromissantrage keinen Fortschritt erblicken. Im übrigen liefert der Abgeordnete Ernst ganz augenscheinlich ein Rückgangsgesicht. Er ist erfüllt schon jetzt, daß er unter gewissen Voraussetzungen gegen den Antrag stimmen werde. Da nun dieser Antrag, wie die Erfahrungen des Abgeordneten Ernst deutlich beweisen, ganz sicher noch in reaktionären Sinne verwickelt werden wird, so dürfte dieser allzu ebrliche Waffler schließlich doch, trotz seiner fünf Gründe, gegen den Antrag stimmen. Man soll das Gute nehmen, wo man es findet, aber wenn ein Regierungsmitglied und ein Vertreter von Jellisch mit angeblich liberalen Vorlesungen nahen, so ist das Wort am Platze, das einem Schulmanne vorzugsweise gegenwärtig sein konnte: „Ich fürchte die Damaer, besonders wenn sie Gefasche bringen.“

Der russisch-japanische Krieg.

Jamagata, japanischer Oberbefehlshaber. Nach einer Debatte, die der Londoner „Daily Express“ aus Tokio erzählt, wurde Marquis Jamagata zum Oberbefehlshaber der im Felde stehenden japanischen Streitkräfte ernannt. Seine nächste Aufgabe soll die Überwachung von Port Arthur sein.

Wann ist die russische Armee schlagfertig?

Ein Verleumdungsblatt des „Morning Leader“ will von dem Moskauer Militärintendanten die Auskunft erhalten haben, daß die Mobilisierung und Beförderung der beiden russischen Armeen nach dem Kriegsausbruch 9 bis 10 Wochen in Anspruch nehmen werde. Wäre dem so, dann würden die russischen Streitkräfte bis Ende des Monats August zu erwarten oder Anfang September, so um den Sedantag herum. Um diese Zeit könnte dann auch die russische Offensivkraft zur Stelle sein.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der „Gartenlaube“ hat mit einem Siege der Firma Rudolf Woffe geendet. Die Firmen August Seidel, G. m. b. H. und Ernst Rühl, G. m. b. H. nehmen in der Sonntagnummer des „V. A.“ den gegen die Firma Woffe erhobenen Vorwurf, sie habe sich dem Verlage der „Gartenlaube“ gegenüber eines fortgesetzten Vertragsbruchs schuldig gemacht, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Auch in Hamburg scheint man, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt hat, den Seidelismus doch nur mit gedämpfter Freude zu begrüßen. In einzelnen Kreisen der „N. A. Neue Orientalle“ macht sich eine lebhaftere Opposition gegen das Aufgeben der Gesellschaft in der Berliner Firma August Seidel geltend. Namentlich die Handelskammer soll wenig Reue verspüren, den Ende d. J. abzulaufenden Kontrakt mit der Rosenhals über Vermietung der oberen Räume des Rosenhalsgebäudes (Rosenhals um.) auf die Berliner Firma zu übertragen.

Alterversorgung der Ortskrankenkassen.

In Wien hat die vereinigten große Ortskrankenkasse am 10. Dezember 1903 ein Pensionstatut für alle ihre Kranken und Kranke erlassen. Als Grundbedingung bezeichnete die „Chemiker Kl. B.“ 10 Prozent Beitrag von der Rasse, 8 Prozent von den Pensionberechtigten; Eintritt der Berechtigung nach 10 Jahren mit 40 Prozent Gehaltsabzug und alljährliches Ansteigen um 2,4 Prozent. Nach fünfzehnjährig Dienstjahren und mit jedem Jahre Eintritt der Pension. Weiterhin Witwen- und Waisenversorgung. Wie das genannte Statut notwendig mittel, will im kaiserlichen Sachsen die Dresdener Ortskrankenkasse den ersten bedeutungsvollen Schritt zur Altersversorgung ihrer 190 Kranke machen. Sie will über das Wiener Vorbild noch hinausgehen. Dem der Witwen- und Waisenversorgung sieht man einwilligen, so lange die Dinge noch nicht überhand nehmen, ab; dafür aber sollen die Kranke gar keinen Pensionbeitrag, die Rasse übernimmt diese Beiträge allein. Im Ganzen lehnt man sich an das schlesische Staatsbeamten-Pensionstatut an und will den Eintritt der Berechtigung einer Invalidenpension auf 10 Jahre fixieren. Die Berechtigung zum befristeten Eintritt der Alterspension hat man schon nach 25 Jahren ins Auge gefaßt. Das ist mit Rücksicht auf die Verschleißigkeit des ärztlichen Berufs sehr anerkennen. Man hofft binnen kurzem die Pensionkassen

der Dresdener Ortskrankenkassen fertig zu bringen. Das wäre ein nicht unbedeutender Erfolg.

Berlin, 5. Juni.

Postnachrichten. Heute morgen besuchten die Majestäten mit dem Kronprinzen und der Prinzessin Victoria Luise den Gottesdienst und die Komunion. Im Laufe des Vormittags gedachten die Majestäten sich nach der Patroisankirche zu begeben, dort die Dampfschiffe „Alexandria“ zu besichtigen und auf dieser Segelregatta des kaiserlichen Jachtklubs auf dem Wannsee beizubehalten. Morgen vormittag beabsichtigt der Kaiser nach Neu-Sireich zur Teilnahme an der Trauerfeier für den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz in der dortigen Schlosskirche zu reisen. Der Kaiser wird begleitet sein vom Oberhofmarschall Grafen A. zu Eulenburg, dem Chef des Zivilkabinetts Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Ruess, dem Stellvertreter des Chefs des Militärkabinetts Obersten von Oechen, dem Kommandeur des Hauptquartiers General der Infanterie v. Welfen, dem General a. I. v. Generalmajor Graf von Schmettau und dem Oberstabsarzt Dr. Albers.

„Dreifaltiger-Bund“ oder „Deutsch-russisches Geheimabkommen“.

Der „Süddeutsche Reichsboten“ wird offiziell aus Berlin geschrieben: „Das jetzt wieder in Umlauf gekommene Schlagsort „Dreifaltiger-Bund“, der, und zwar im Entschieden begriffen sein soll, ist geeignet, Verwirrung zu stiften. Wenn ausländische Blätter unermüdlich sind in Hinweis auf unsere angeblichen Bemühungen zur Kapitulation des asiatischen Russlands, auf geheime Unterhandlungen oder Abmachungen zwischen Berlin und Petersburg, so geschieht es in der Absicht, das allmählich erstarrende Vertrauen, das in Russland weitere Kreise während der asiatischen Kriegswirren zu der freundlich ruhigen Haltung des deutschen Reichs herbeigeführt haben, durch die Vergrößerung vor eingebildeten Gefahren zu lähmen, die der Selbstständigkeit der russischen Politik von deutschen Anträgen drohen soll. Solche Anträge sind aber überhaupt nicht gestellt worden. Auch Aussagen auf Unterfertigung wurden weder von Russland erbeten, noch von Deutschland erteilt. Die leitenden russischen Kreise wissen sich in der Behandlung des Streites mit Japan von jeder deutschen Beeinflussung frei. Das man sich diesen Kreisen zu infamieren sucht, Deutschland verpöndelt sich Sonderparteien von einer möglichst langen Dauer des Krieges, ist ein ebenso unehrliches Manöver, wie die noch immer nicht verkommenen Einflüsterungen, Japan habe Antriebe und Rückhalt für sein Vorgehen gegen Russland in seinen Beziehungen zu — Deutschland gefunden. — Um aber auf den „Dreifaltiger-Bund“ zurückzukommen, so hat allerdings ein gemeinsames Gedenkbild der europäischen Mächte in neuerer Zeit wiederholt beobachtet werden können, nämlich in der makedonischen Frage. Den Anstoß dazu gab regelmäßig ein Wunsch der Regierungen Russlands und Österreich-Ungarns, für die Zurückziehung einzelner Forderungen auf dem Boden des Würzburger Programms Deutschlands Unterstützung zu erhalten. Diese Unterstützung ist dann auch, wo es möglich war, gern gewährt worden. Von einer deutschen Geschäftigkeit aber, für Fragen des nahen oder fernen Ostens die drei Kaiserreiche in eine allgemeine demonstrativ wirkende Verbindung zu bringen, haben die Kabinette von Wien und Petersburg schlichterdinges nicht bemerken können.“

Mit und neue Handelsverträge.

Die Reichsregierung beabsichtigt bekanntlich die in den bisherigen Handelsverträgen vorgezeichneten einjährige Fortdauer ihrer Gültigkeit vom Tage der Kündigung ab zu verkürzen; dazu ist aber die Zustimmung des Reichstages notwendig, über dessen Stellungnahme sich heute noch nichts vorberichten läßt. Diejenigen Parteien, die möglichst baldiges Inkrafttreten des neuen Tarifs wünschen, werden natürlich bereit sein, einer Verkürzung der einjährigen Frist zustimmen; ob damit aber eine Majorität für die Verkürzung gebildet ist, kann doch noch als zweifelhaft erscheinen. Nicht jeder Abgeordnete, der für den neuen Tarif gestimmt hat, wird gewillt sein, auf diesen zweiten Schritt zu tun, der, wie die Kundgebungen im Lande beweisen, von weiteren Kreisen der Industrie und des Handels als schwere Schädigung ihrer Interessen betrachtet wird. Eine Ausprägung darüber, aus der auf die Stellungnahme der Parteien geschlossen werden könnte, ist bisher nicht erfolgt. Die Interessenten haben feinerist Anhaltspunkte zur Beurteilung der schwerwiegenden Frage, wie dieser Faktor der Gesetzgebung sich stellen wird. Dieser Ungewissheit mit ihren nachteiligen wirtschaftlichen Folgen ließe sich vielleicht ein Ende machen, wenn die Parteien nach dem bevorstehenden Wiederzusammentritt des hohen Hauses in irgend einer Form veranlaßt würden, sich über ihre grundsätzliche Stellungnahme auszusprechen.

Die Jagdmannsche Staatsrechtslehre.

Der Heidelberger Professor Max Weber hat in der „Frankf. Rzt.“ die Staatsrechtslehre des Herrn v. Jagdmann des Näheren untersucht. Wir wollen daran nicht weiter näher eingehen; denn wir halten, daß die Presse sich schon zu viel mit den Ausführungen des Jagdmannsche beschäftigt hat, die lediglich unter die Kategorie des „großen Unsinns“ gehören. Jagdmann interessiert aber nur die Kaufleute, in denen sich der Heidelberger Gelehrte gegen die Verleumdung des Parlamentarismus wendet; er sagt:

Der Spielmann und seine Umgebung.

Der Spielmann und seine Umgebung. Seit halb 18 Jahren leben wir unter einem Regime, welches einem so hart persönlichen-moralischen Charakter an sich trägt, wie das selten irgendwo der Fall war. Wir haben uns nun fragen, was denn eigentlich dieses Regime gestiftet hat, nicht auf denjenigen Schicksal, wo angeblich das monarchische Regime seine spezifische Bestimmung erfüllt haben soll; denn der äußere Inhalt — so würde der Vergleich mit den demotisch unvollkommenen Gesellschaften ein für uns

Wettomen unter dem Reichstagsbeilich (4gepalte) 75 A., nach dem Familienrechtlichen (6gepalte) 50 A. Tabellarischer und Übersicht entsprechend höher. — Gebühren für Nachsetzungen und Offertensnahme 25 A. Extra-Berlagen (erhalten), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Nachsetzungen A. 60., mit Nachsetzungen A. 70. —

Husland.

Der Kampf um Subsidien. Allenthalben finden zur Zeit, wie wir den Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Schülervereins entnehmen, höchst interessante Zusammenkünfte in der Richtung von Subsidien statt. In ganz Nordböhmen wurden in letzter Zeit in den Städten solche Zusammenkünfte unter dem Protektorat der Hochschulen abgehalten. Nicht immer fruchtbar hatte die Sache den gewünschten Erfolg. So war z. B. die königliche Vertagung sehr schwach besucht. Dafür soll die Sache in Wien mit um so größerem Erfolge in Szene gehen. Dort hat der Hochschüler-nationale Klub die Angelegenheit in die Hand genommen. Die Hochschüler-Partei studiert mit freudiger Begeisterung, für „Aufklärung“ hat man sich Herrn Dr. Wapal, den Bundesapostel der Budweiser Studenten, verschrieben, der über den Kampf der Studenten in „Budweis“ berichten wird. Unter den Protektoren der Vertagung befinden sich nach Angabe des Budweiser Kreisblattes die Wiener Hochschüler-Stadträte und unter diesen eine Anzahl von den Häuptern des Wiener bürgerlichen Proletariats, das sich immer so wundert, wenn an seiner Vaterlandsliebe angezweifelt wird.

Belgien.

Der Generalrat der sozialistischen Arbeiterpartei beschloß auf Antrag der Führer Vandervelde, Baeremont und Anfole den Anführer der Sozialisten an das liberale Kartell. Wenn dies Kartell wirklich zustande kommt, dann kann ja der Sozialismus etwas erleben. Sollen sich wandern die belgischen Arbeiter nicht nach Deutschland aus. Das Gerücht, daß es dort für Leute ihres Schlages jetzt eine Lust zu leben ist, dürfte auch zu ihnen gedrungen sein.

Rußland.

Fürth Dolgoruki, der den russischen Winter des Kaukasus auf offener Straße geschlagen haben und jetzt in ein Verdenhaus abgedrückt worden sein soll, ist nach dem „Temp“ ein Adept. Die Familie der Dolgoruki ist eine der Stiefeln und zahlreich in Russland. Der Hebelträger ist zwar ein Reife der beiden bekannten Träger dieses Namens am russischen Hofe. — Der eine ist Hofmarschall, der andere Generaladjutant des Zaren — allein er hat schon früh wegen seiner Ausschreitungen den Rücktritt begehren müssen. Vor etwa 15 Jahren erlitten er in Konstantinopel, wurde dort als „herber-